

## DFW unterstützt die Brüsseler Erklärung

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V. (DFW) führt Pressekonferenzen in Berlin, München, Ludwigshafen und Hamburg durch, um seine Unterstützung für die Brüsseler Erklärung zu den Grundwerten Europas zum Ausdruck zu bringen. Diese Pressekonferenzen stehen unter dem Thema „Trennung von Religion und Politik“. Im Vorfeld der am 25. März 2007 in Brüssel vorgestellten Erklärung hat der DFW hunderte Unterstützerunterschriften gesammelt und der Europäischen Humanistischen Föderation übergeben.

Der DFW repräsentiert 10 Mitgliedsverbände in der Bundesrepublik Deutschland und ca 50.000 Mitglieder. Er ist Vertreter kirchenfreier Interessen und Mitglied der Europäischen Humanistischen Föderation (EHF) und der Internationalen Humanistischen und Ethischen Union (IHEU).

Säkulare und religiöse Repräsentanten aus allen 27 Mitgliedsländern der EU, Nicht-Regierungs-Organisationen, Wissenschaftler, Publizisten und Mitglieder nationaler Parlamente und des Arbeitskreises des Europäischen Parlaments zur Trennung von Religion und Politik haben die Brüsseler Erklärung formuliert. In diesem Zusammenhang wendet sich der DFW u.a. gegen den Gottesbezug in der EU-Verfassung. Dies widerspricht den Gegebenheiten in Deutschland und der Situation in den EU-Mitgliedsstaaten.

Nach Auffassung des DFW ist der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge der Zeitpunkt, auf die Grundwerte Europas besonders hinzuweisen, die im Europäischen Verfassungsentwurf zusammengefasst sind. Sie bilden den Konsens für die europäische Wertegemeinschaft.

## Die Brüsseler Erklärung

**Wir, die Menschen Europas, bekräftigen hiermit unsere gemeinsamen Werte. Sie beruhen nicht auf einer einzigen Kultur oder Tradition, sondern gründen sich in allen Kulturen, die das moderne Europa ausmachen.**

■ Wir bekräftigen den Wert, die Würde und die Autonomie jedes Individuums und das Recht eines jeden auf die größtmögliche Freiheit, die sich mit den Rechten anderer vereinbart. Wir unterstützen Demokratie und Menschenrechte sowie die Rechtsstaatlichkeit und streben die bestmögliche Entwicklung eines jeden Menschen an.

■ Wir erkennen unsere Fürsorgepflicht für die ganze Menschheit einschließlich künftiger Generationen und unsere Abhängigkeit von und Verantwortung für die natürliche Welt an.

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

e-mail: [dfw-praesident@web.de](mailto:dfw-praesident@web.de) \* [ortrun.e.lenz@t-online.de](mailto:ortrun.e.lenz@t-online.de)



## Pressediens Freier Weltanschauungsgemeinschaften

- Wir bekräftigen die Gleichheit von Männern und Frauen. Alle Personen, unabhängig von Rasse, Herkunft, Religion oder Glaube, Sprache, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Können, müssen vor dem Gesetz gleich behandelt werden.
  - Wir bekräftigen das Recht eines jeden, eine Religion oder einen Glauben eigener Wahl anzunehmen und zu befolgen. Aber der Glaube irgendeiner Gruppe darf nicht zur Einschränkung von Rechten anderer führen.
  - Wir halten daran fest, dass der Staat neutral bleiben muss in Angelegenheiten von Religion und Glaube, und niemanden bevorzugen oder benachteiligen darf.
  - Wir halten daran fest, dass persönliche Freiheit mit gesellschaftlicher Verantwortung verbunden sein muss. Wir streben danach, eine gerechte Gesellschaft zu bilden, die auf Vernunft und Mitgefühl aufbaut, in der jeder Bürger in die Lage versetzt wird, sich voll einzubringen.
  - Wir halten fest an Toleranz und Meinungsfreiheit.
  - Wir bekräftigen das Recht eines jeden auf eine offene und umfassende Bildung.
  - Wir lehnen Einschüchterung, Gewalt und Anstiftung zu Gewalt zur Förderung von Streitigkeiten ab und halten daran fest, dass Konflikte durch Verhandlungen und legale Methoden gelöst werden müssen.
  - Wir halten fest an der Freiheit der Forschung in jeder Sphäre menschlichen Lebens und an der Anwendung der Wissenschaften im Dienst menschlichen Wohlergehens. Wir streben danach, Wissenschaft kreativ, nicht destruktiv zu nutzen.
  - Wir halten fest an der Freiheit der Kunst, achten künstlerische Kreativität und Imagination und anerkennen die verändernde Kraft der Kunst. Wir bekräftigen die Bedeutung von Literatur, Musik und der visuellen und gestaltenden Künste für die persönliche Entwicklung und Erfüllung.
- So verabschiedet am 25. März 2007, als dem 50. Jubiläum des Rom-Vertrages und der Gründung der Europäischen Union. Die Erklärung wurde offiziell am 27. Februar 2007 vorgestellt, vor den 50-Jahr-Feiern zur Unterzeichnung des Rom-Vertrages am 25. März 2007.

## Festveranstaltung des DFW im Robert-Blum-Jahr 2007

**Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) lädt zur Festveranstaltung zur Ehrung des Demokraten, Revolutionärs und Freireligiösen Robert Blum (1807–1848) anlässlich seines 200. Geburtstages ein. Sie findet am 23. September 2007 in der ehemaligen Feierhalle der Freireligiösen Gemeinde Berlin, Pappelallee 15 statt. Den Festvortrag wird Frau Prof. Dr. Rosemarie Will, Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, halten. Ein kulturelles Programm wird diese Veranstaltung umrahmen.**

Am Vortag, dem 22.9.07, führt der DFW im Saal des Planetariums Berlin eine Fachtagung durch, auf der dem Leben und Wirken Robert Blums nachgegangen werden wird. Robert Blum arbeitete als Buchhändler und Journalist und engagierte sich als Politiker für die Rechte des Volkes. Im Februar 1845 gründete er in Leipzig die freireligiöse Gemeinde und wandte sich gegen politische, soziale und religiöse Unfreiheit. Blum wurde 1848 als Abgeordneter in das Frankfurter Parlament gewählt. Im Herbst 1848 kämpfte er gegen die kaiserlichen Truppen in Wien, wo er dann trotz seiner parlamentarischen Immunität nach seiner Gefangennahme am 9. November 1848 standrechtlich erschossen wurde.

Anfragen und Anmeldungen zu den Veranstaltungen bitte an: Freireligiöse Gemeinde Berlin, Pappelallee 15, 10437 Berlin.



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322  
Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:  
 Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513  
 e-mail: dfw-praesident@web.de \* ortrun.e.lenz@t-online.de

## DFW fordert mehr Pluralität in den Medien

**Die freien säkularen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland unterstützen die prinzipielle Kritik des Zentralrats der Juden in Deutschland an nur christlich gebundenen Sendungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.**

Nachdem ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland keiner der großen Weltreligionen mehr angehört, wird es Zeit, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen bei seiner Programmgestaltung dem religiös-weltanschaulichen Pluralismus in Deutschland Rechnung trägt.

Es gilt, im Fernsehen – wie überhaupt in den Medien – die integrativen Werte der Demokratie, der Toleranz und der Menschenrechte und nicht die partikularen Interessen einzelner Religionsgemeinschaften zu diskutieren und zu verbreiten.

*Prof. Dr.-Ing. Helmut Kramer/Dr. Volker Mueller  
Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.*

## Ein säkulares Europa

**Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) führt vom 16. bis 18.11.2007 in Scharbeutz/Ostsee eine Konferenz zum Thema „Ein säkulares Europa – der Weg zur europäischen Staatsbürgerlichkeit“ durch.**

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Humanistischen Föderation (EHF) sind dazu vor allem die Freigeister, Freidenker und Humanisten aus Europa eingeladen, um über die Zukunft Europas, seine Wertebasis und die Entwicklung einer EU-Identität zu diskutieren.

Anmeldungen bitte an: DFW, Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee.

## Patientenverfügungen müssen geachtet werden

**Die anwesenden Mitglieder der Freireligiösen Gemeinde Ludwigshafen bekräftigen anlässlich ihrer jährlichen Gemeindeversammlung als oberstem Entscheidungsgremium hiermit ihre Unterstützung für eine gesetzliche Regelung der Gültigkeit von Patientenverfügungen.**

Die Mitglieder des Freireligiösen Wohlfahrtsverbandes schließen sich auf ihrer Jahresversammlung dieser Unterstützung ebenfalls an. Alle erwarten, dass der Gesetzgeber den Vorgaben der Gerichte folgt und das Selbstbestimmungsrecht eines Menschen bis zum Ende seines Lebens im Sinne des Grundgesetzes auf körperliche Unversehrtheit und auf die freie Entfaltung seiner Person bekräftigt. Dies schließt speziell vor dem Hintergrund der Fortschritte in der modernen Medizin das Recht ein, über sein Lebensende selbst zu bestimmen, einen natürlichen Sterbensverlauf zuzulassen und Behandlungsmethoden auszuschließen, und im Falle, dass eine Willensäußerung nicht mehr möglich ist, vorherige Regelungen für diesen Fall zu treffen.

Wir erwarten von dem Gesetzgeber, dass in einem künftigen Gesetz folgendes einfließt:

1. Es muss die Achtung einer Patientenverfügung grundsätzlich bejahen. Es muss ferner bejahen, dass eine bzw. mehrere bevollmächtigte Personen an des Kranken Statt handeln können.



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

*Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322*

*Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:*

*Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513*

*e-mail: dfw-praesident@web.de \* ortrun.e.lenz@t-online.de*

2. Es sollte klare formale Regeln setzen: Die letztunterschriebene Verfügung gilt. Sie besitzt Gültigkeit auch handschriftlich und ohne Zeugen. Sie besitzt Gültigkeit mündlich vor Zeugen.
3. Es sollte gewisse inhaltliche Bedingungen setzen: Ausschluss bestimmter Behandlungsmethoden, nicht eine generelle Angabe wie: Ich will in Würde sterben.
4. Es sollte den Arzt verpflichten, der Verfügung zu folgen, auch wenn er/sie selbst noch gewisse Behandlungsmöglichkeiten sieht.
5. Es sollte auch die Vormundschaftsgerichte verpflichten, solchen Willenserklärungen zu folgen.

*Freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen*

## **Bevölkerung lehnt Beschränkung der Patientenverfügung auf den Sterbeprozess ab**

**Bundestag wird sich voraussichtlich Ende März erstmals mit einer Regelung des Vorsorgeinstruments befassen; neue Umfrage im Auftrag der DGHS**

Rechtzeitig zur Premiere einer Diskussion der Patientenverfügung im Deutschen Bundestag hat die DGHS eine repräsentative Forsa-Umfrage zum Thema durchführen lassen. Hier die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

1. Drei Viertel aller Bundesbürger (73 %) sind der Ansicht, dass eine Patientenverfügung nicht erst im eigentlichen Sterbeprozess Geltung haben sollte. Vielmehr sollte sie bereits ab dem Moment, in dem der Patient sich selbst nicht mehr äußern kann, für die Ärzte bzw. das Krankenhaus eine verpflichtende Wirkung haben.
2. Die Mehrheit der Bundesbürger (62 %) würde bei einer Patientenverfügung das Risiko in Kauf nehmen, dass man durch einen Verzicht auf lebenserhaltende Maßnahmen (hier: im Falle eines Komas) möglicherweise die Chance auf ein Wiedererwachen verliert.
3. 58 % der Bundesbürger halten eine gesetzliche Regelung der Patientenverfügung allein nicht für ausreichend.
4. Über zwei Drittel der Bundesbürger (68 %) sind der Meinung, dass die Sterbehilfe – angefangen von der mitmenschlichen Sterbebegleitung bis hin zur Tötung Kranker auf Verlangen – gesetzlich geregelt werden sollte.

Befragt wurden 1.004 Personen ab 18 Jahren im Erhebungszeitraum 12. und 13. März 2007. Die Verbreitung der Daten unter Angabe der Quelle ist erwünscht.

Die vollständige Umfrage mit ausführlichen Daten und Fragestellungen finden Sie im Internet unter [www.dghs.de](http://www.dghs.de), Bereich Presse-Informationen, erläuternde Informationen.



**pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**  
 Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322  
Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:  
 Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513  
 e-mail: [dfw-praesident@web.de](mailto:dfw-praesident@web.de) \* [ortrun.e.lenz@t-online.de](mailto:ortrun.e.lenz@t-online.de)

## Manfred Gilberg neuer Präsident der FLH

**Die Landesversammlung der Freireligiösen Landesgemeinschaft Hessen hat am 3.3.07 Manfred Gilberg aus Darmstadt zum neuen Präsidenten gewählt. Besonderer Dank gilt Dieter Bender, der nach 8-jähriger Päsidentenschaft nicht mehr zur Verfügung stand.**

In den Landesvorstand neu gewählt wurden für 4 Jahre: Dieter Bender, Kerstin Henkelmann, Ortrun Lenz, Dr. Gerd Mitschke, Timo Saueressig, Wolfgang Schöneberger, Heinz Walter. Besonderer Dank gilt Herrn Bernhard Ruppertsberg, der nach 4-jähriger Amtszeit nicht mehr für den Landesvorstand kandidierte. Dem Landesvorstand gehören weiterhin an: Klaus Grein, Wilfrid Herrmann, Herbert Messer, Wilma Schulze, Norbert Spengler, Stefan Spengler, Elke Wunderwald.

In das geschäftsführende Präsidium wurden gewählt: Dr. Gerd Mitschke, Herbert Messer (Schatzmeister), Timo Saueressig, Heinz Walter und als Ersatzmann Wolfgang Schöneberger. Besonderer Dank gilt Norbert Spengler, der nach 2-jähriger Amtszeit ausschied.

Die Wahlen des Freireligiösen Wohlfahrtsverbandes Hessen brachten keine Änderungen. Gewählt wurden: Axel Spengler (1. Vorsitzender), Elke Wunderwald (2. Vorsitzende), Kerstin Henkelmann (Schriftführerin), Elke Suchanek (Schatzmeisterin) sowie die Beisitzer Klaus Grein und Wolfgang Schöneberger.

**Elke Suchanek (Geschäftsführerin FLH)**

## Dialektisches Denken bei Nikolaus von Kues und Jakob Böhme

### Seminar der Freigeistigen Aktion für humanistische Kultur

**Am 28. April 2007 findet in Neustadt/Rbge. (bei Hannover) im Schloss Landestrost von 10 bis 17 Uhr ein Tagesseminar zum Thema „Dialektisches Denken bei Nikolaus von Kues und Jakob Böhme“ statt. An diesen beiden Persönlichkeiten soll exemplarisch die Entwicklung des dialektischen Denkens vorgestellt werden.**

Nikolaus von Kues genießt besonders in freireligiösen/freigeistigen Kreisen eine große Wertschätzung. Jakob Böhme, als Lutheraner und Schuhmacher bekannt, hat auf mehrere nach ihm gekommene Denker großen Einfluss ausgeübt. Selbst Hegel erkannte in Böhmes Spekulationen die in ihnen enthaltenen dialektischen Ansätze. Böhmes pantheistische Gleichsetzung von Natur und Gott wurde natürlich vom offiziellen Christentum schärfstens missbilligt und führte zu Anfeindungen.

Bei Nikolaus von Kues ist der Sachverhalt anders. Er wurde 1401 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren. Mit siebzehn fing er an zu studieren und schloss sein Studium nach sechs Jahren ab. Studienorte waren Heidelberg (1416–17) und Padua (1417–23). Er studierte Mathematik, Physik, Astronomie, Medizin, antike Philosophie und Jura – jedoch nicht Theologie. Mit 22 erwarb er den Dokortitel in Jura, erst danach studierte er in Köln erstmals Theologie. Seine kirchliche Laufbahn begann er dann mit 26 Jahren. Für die freigeistige Bewegung ist Nikolaus von Kues interessant, weil sich seine naturwissenschaftliche Ausbildung in einigen seiner theologischen Schriften niedergeschlagen hat. Neben Referaten und Diskussionen zur Theologie und Philosophie von Böhme und von Kues gibt es auch eine Podiumsdiskussion mit den Seminarteilnehmern.

Anmeldungen für das am 28. April stattfindende Seminar bitte an Arnher Lenz, Fasanenweg 8, 31535 Neustadt, Tel. 05032-66297, Fax 05032-66263, E-Mail: [arnher.e.lenz@t-online.de](mailto:arnher.e.lenz@t-online.de).



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

e-mail: [dfw-praesident@web.de](mailto:dfw-praesident@web.de) \* [ortrun.e.lenz@t-online.de](mailto:ortrun.e.lenz@t-online.de)

**Tagung der Freien Akademie 2007:**

**Mensch und Ökonomie –**

**Wirtschaften zwischen Humanität und Profit**

**28. April – 01. Mai 2007 im Gutshof Havelland, Falkenrehde (bei Berlin)**

Die Tagung möchte mit der Ökonomie einen grundlegenden Lebensbereich des einzelnen Menschen und der Gesellschaft bedenken. Reflektiert werden sollen nicht nur die möglichen Handlungsoptionen des Menschen, sondern auch die anthropologisch-philosophischen Grundlagen wirtschaftlichen Handelns. Kurzatmig, rein pragmatisch gefundene Handlungskonzepte sind kein Ziel der Tagung. In diesem umfassenden Erkenntnisansatz sollen sich die Tagungsteilnehmer dem Thema auf zwei Zugangsweisen annähern und miteinander ins Gespräch kommen. Zum einen sollen einschlägig engagierte Gruppen und gesellschaftliche Akteure ihre Sichtweisen aus ihrer Perspektive entfalten. Zum anderen sollen sich eher beschreibende, analytisch vorgehende einschlägige Wissenschaftsvertreter dem Tagungsthema widmen.

Weiterhin sollen alle Tagungsteilnehmer die Gelegenheit haben, sich mit einem ausgewählten Themenaspekt in einer Arbeitsgruppe vertieft zu befassen. Abgeschlossen wird die Tagung mit einem offenen Diskussionsforum. Ein besonderes Angebot ist die Exkursion der Tagungsteilnehmer zu der Gemeinnützigen Obstbausiedlung Eden bei Oranienburg. Diese Siedlung ist nach sozialökonomischen Konzepten errichtet und bis heute geführt, wobei Grund und Boden nach dem Erbbaurecht statt als Privateigentum genutzt wird und der Geldfluss zur Finanzierung der genossenschaftlichen Vorhaben ohne Zinsnahme (bei Anlage und Leihe) geregelt ist. Diese freiwirtschaftlichen Prinzipien als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus spielen auch sonst im Tagungsverlauf eine wichtige Rolle.

**Zukunftswünsche – Zukunftsängste:**

**Wie wünschen wir uns die Welt?**

**Unitariertag Niedernhausen/Wiesbaden 25.–28. Mai 2007**

**Alle unsere Entscheidungen und Handlungen in der Gegenwart sind auf die Zukunft gerichtet; deshalb sollten sie sinnvoll sein. Nach unitarischer Auffassung sollte der autonome Mensch seinen eigenen Sinn für sein Leben finden. Dazu ist Unabhängigkeit von Fremdbestimmung, Selbstständigkeit und der Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, notwendig.**

Wir leben in einem Rechtsstaat, in einer Demokratie mit einem Mehrparteiensystem, in einem real existierenden Pluralismus. Der Säkularismus in unserem Land wird angestrebt, wenn auch die völlige Trennung von Staat und Kirche noch nicht erreicht ist. Die Meinungsfreiheit hat sich bei uns als ein hohes Gut herausgebildet, und um die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger wird sich immerhin bemüht.

Als Arbeitsgruppen sind u.a. geplant: Zukunftshoffnungen trotz Zukunftsängsten: Zusammenhänge von Wirtschaft und Religion; Das misshandelte Kind – wie können wir helfen?; Muss der Faktor Arbeit billiger werden?; Gemeinsam leben lernen! Werteerziehung für alle und/oder Religionsunterricht oder Lebenskunde?; Unsere Ressourcen: Wasser, Öl und Klima; Was Frauen wollen: Mütter, Karrierefrauen, Rentnerinnen – wie wünschen wir uns die Welt?; Bildung nur noch für Reiche – wie soll unser Bildungssystem in der Zukunft aussehen?

Weitere Informationen zum Unitariertag, z.B. über Unterkunft, Verpflegung, Preise, Kinderbetreuung, Arbeitsgruppen, Ausflugsprogramm etc. gibt es im Internet unter [www.unitarier.de](http://www.unitarier.de).



**pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

e-mail: [dfw-praesident@web.de](mailto:dfw-praesident@web.de) \* [ortrun.e.lenz@t-online.de](mailto:ortrun.e.lenz@t-online.de)